Mitmachen • Mitbestimmen • Mitgestalten! sonderausgabe

Freitag, 29. November 2013



Es ist wieder soweit! SchülerInnen finden sich im Parlament ein, um bei einem Tag als Abgeordnete Demokratie zu erleben. Im 12. Jugendparlament wird über das Fach "Politische Bildung" diskutiert. Die SchülerInnen werden in vier Klubs aufgeteilt. Sie bilden sich eine Meinung zum Gesetzesvorschlag. Jedem Klub wird ein/e Abgeordnete/r zugelost, der/die ihm bei wichtigen Fragen professionell zur Seite steht. Des weiteren können die SchülerInnen ExpertInnen zu Rate ziehen, um die Meinung des Klubs besser vertreten zu können. In einer Ausschusssitzung kommen die verschiedenen Klubs zusammen, um ihre Meinungen den anderen darzulegen. Es wird überlegt, mit welchen Klubs man Kompromisse oder sogar Gemeinsamkeiten findet, damit man eine Mehrheit bilden kann. Auch wenn man sich mit keinem Klub einigen kann, ist es sehr wichtig, zu seiner Meinung zu stehen. In der abschließenden Plenarsitzung wird über das Gesetz abgestimmt. Ein Ziel des Jugendparlamentes ist es,

die SchülerInnen für Politk zu begeistern. Andreas, Alexander, Lukas, Reyan

REPUBLIK ÖSTERREICH Parlament

WIE KOMMT MAN INS JUGENDPARLAMENT?

Wir erzählen, wie wir dazu gekommen sind.

Wir sind die 5C aus der Albertus-Magnus-Schule und wollen heute erzählen, wie wir uns für das Jugendparlament beworben haben. Um in das Jugendparlament zu kommen, muss man sich zuerst über das Internet anmelden. Für die Bewerbung sind z.B. ein Video, eine Power-Point-Präsentation oder etwas Selbstgebasteltes möglich. Es sollte auf jeden Fall kreativ gestaltet sein. Man sollte rechtzeitig einschicken, denn so hat man gute Chancen, unter die drei bis vier Besten zu kommen. Dies ist ein Wettbewerb, der zwei Mal jährlich stattfindet. Jedes Mal ist ein anderes Bundesland an der Reihe - diesmal ist es Wien.

Nun wollen wir euch unsere Geschichte erzählen:

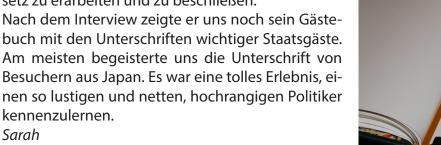
Unser Geographielehrer machte uns auf den Wettbewerb aufmerksam und schlug vor, uns zu bewerben. Nach einer Besprechung mit der ganzen Klasse beschlossen wir, teilzunehmen. Unser Klassensprecher hatte die Idee, eine lustige Talkshow zu gestalten. Schließlich trafen wir uns alle an einem Nachmittag in der Schule und nahmen die Talkshow auf. Dabei befragten wir "PassantInnen" im Hof, die wir selbst spielten. Schlussendlich bekamen wir die erfreuliche Nachricht, dass wir zu den vier besten Bewerbern gehören. Jetzt sitzen wir hier und schreiben diesen Artikel, damit auch ihr an dieser Erfahrung teilhaben könnt.

Sarah, Betina

INTERVIEW MIT DEM BUNDESRATSPRÄSIDENTEN

Gestern hatte ich die Ehre, ein Interview mit dem Bundesratspräsidenten, Herrn Reinhard Todt, zu führen. Zum ersten Mal durfte ein ReporterInnenteam ihn in seinem Büro interviewen. Wie üblich im Parlament musste man warten, bis man in sein Büro durfte. Als wir schließlich hineingebeten wurden, begrüßte er uns herzlichst. Klar war ich etwas nervös, einen so wichtigen Politiker interviewen zu dürfen. Doch zum Glück war er sehr locker und sympathisch. So fiel mir das Interview auch leichter. Von ihm erfuhren wir, dass das Jugendparlament eine Möglichkeit für die Jugendlichen ist, die parlamentarische Demokratie und ihre Abläufe kennenzulernen. Ich habe erfahren, dass die Schulen aus dem Bundesland ausgewählt werden, das gerade den Vorsitz im Bundesrat führt. Und das ist diesmal Wien. Er ist der Meinung, dass Abgeordnete sich zu Herzen nehmen und genau anschauen sollten, was die Jugendlichen an diesem Tag ausarbeiten. Schließlich sind die Ziele des Jugendparlaments, die Entstehung eines Gesetzes zu erlernen, ein Gesetz zu erarbeiten und zu beschließen.

Nach dem Interview zeigte er uns noch sein Gästebuch mit den Unterschriften wichtiger Staatsgäste. Am meisten begeisterte uns die Unterschrift von Besuchern aus Japan. Es war eine tolles Erlebnis, einen so lustigen und netten, hochrangigen Politiker kennenzulernen.





Beim Interview mit Reinhard Todt.





INTERVIEW MIT DER NATIONALRATSPRÄSIDENTIN

Am Nachmittag des Vortages haben wir mit Nationalratspräsidentin Mag.^a Barbara Prammer über das Jugendparlament gesprochen.

Das Interview wurde im Büro der Nationalratspräsidentin geführt. Wir haben erfahren, dass das Jugendparlament zwei Mal im Jahr stattfindet. Es ist die Möglichkeit für Jugendliche, hinter die Kulissen des Parlamentes zu blicken. Die Jugendlichen sollen erfahren, wo und wie diskutiert wird, wie Kompromisse zustandekommen, und wie Abstimmungen erfolgen. Wir erfuhren von ihr, dass die Jugendlichen mit Hilfe eines Wettberwerbes ausgewählt wurden. Diejenigen, die besonders kreativ und gut waren, wurden ins Jugendparlament eingeladen. Sie würde gerne viel mehr Klassen das erleben lassen, doch "leider" wird das Parlament auch für andere wichtige Zwecke genutzt. Frau Mag.ª Barbara Prammer hofft, dass wir SchülerInnen unsere Erlebnisse weitergeben, und so auch Leute, die nicht dabei sein konnten, etwas von unserem Besuch lernen.

Die Ergebnisse der SchülerInnen werden selbstverständlich den Nationalratsabgeordneten vorgelegt. Sie sollen wissen, was die SchülerInnen über das

Thema des Gesetzesvorschlages denken. Inwiefern diese Meinungen in die tatsächliche Politik eingebunden werden, das bleibt den Nationalratsabgeordneten überlassen. Das Jugendparlament gibt es jetzt schon seit sechs Jahren. Anfangs fand es nur einmal im Jahr, aber mittlerweile findet es zweimal statt. Das Interview war sehr interessant und informativ.

Andreas



Im Gespräch mit Mag.^a Barbara Prammer.



BEGRÜSSUNG IM BUNDESRAT







AUS DER PARLAMENTSKORRESPONDENZ

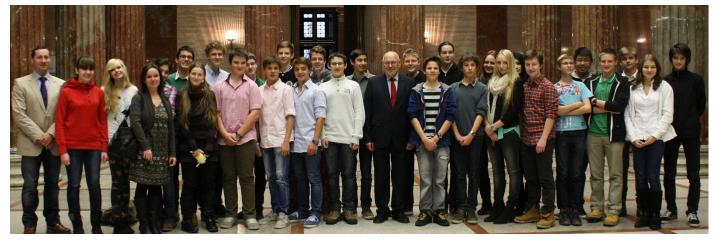
Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Auftakt des Jugendparlaments.

Wiener SchülerInnen starten mit Fototermin ins Jugendparlament

Zweiter Präsident Karlheinz Kopf begrüßt SchülerInnen im Hohen Haus

Wien (PK) – Bei einem Fotoshooting wurden die TeilnehmerInnen des heutigen Jugendparlaments auf ihren Tag als Abgeordnete eingestimmt. Zweiter Nationalratspräsident Karlheinz Kopf ließ sich zusammen mit den Jung-ParlamentarierInnen ablichten. Die TeilnehmerInnen des Jugendparlaments stellen diesmal die Wiener Schulklassen 1aS der HAS Bfi, 1HMB der Modeschule HLMK 16, 5C der Albertus-Magnus-Schule und das Modul "Politische Bildung" des BG/BRG Draschestraße. Offiziell eröffnet wurde das Jugendparlament 11/13 im Sitzungssaal des Nationalrats, wo die SchülerInnen anstelle der echten MandatarInnen Platz nahmen. (Schluss)

ENDEN KLASSEN









BEGRÜSSUNG IM PLENARSAAL

Es ist Freitag, der 29. November, 8:30 Uhr im Jugendparlament. Das diesjährige Jugendparlament 11/13 wird im Nationalratssitzungssaal mit einer Rede des Zweiten Nationalratspräsidenten Karlheinz Kopf (ÖVP) eröffnet, dessen Aufgabe es heute ist, das Programm im Plenum zu leiten. Die TeilnehmerInnen des diesjährigen Jugendparlaments haben sich in Klubs aufgeteilt. Insgesamt gibt es vier Klubs, die durch ein bestimmtes Verfahren in Weiß, Violett, Türkis und Gelb eingeteilt wurden. Die "echten" Abgeordneten werden einer Fraktion zugelost, und begleiten die Gruppen. So ist zum Beispiel Petra Steger, eine Abgeordnete der FPÖ, die Begleiterin des Klubs Violett, und darf zum heutigen Thema "Politische Bildung im Unterricht" nicht die Meinung ihrer Partei vertreten, sondern soll ihren Klub bei der parlamentarischen Arbeit unterstützen. Nach der Eröffnung gehen die Klubs in die Klubräume und beginnen intern über das heutige Thema zu diskutieren, abzustimmen und sich Gedanken über Lösungsvorschläge zu machen. Pia, Ivana



Eröffnung des Jugendparlaments durch Karlheinz Kopf.



KLUBARBEIT

Die Zusammenarbeit in den Klubs muss gut funktionieren, um ein konstruktives Ergebnis zu erzielen.

Man muss nun schauen, wo es Gemeinsamkeiten mit anderen Klubs gibt. Weiters finden auch in den Klubs kleine Abstimmungen statt, um die Bildung einer Meinung zu vereinfachen. Hierbei haben es die kleineren Klubs leichter, da weniger einzelne Meinungen vorhanden sind. Die Weißen sind für alle Beschlüsse sehr wichtig, da jeder Klub mit ihnen eine Mehrheit bilden kann. **Andreas**

















DIE AUSSCHUSSSITZUNG

In der Ausschusssitzung wurde heftig diskutiert, ob Politsche Bildung als Unterrichtsfach eingeführt werden soll. Alle Klubs waren einstimmig dafür, doch gab es noch ein paar strittige Punkte, über die geredet werden musste.

Anfangs konnte sich noch niemand dazu überwinden, seine Meinung kund zu tun, aber schon fünf Minuten später wurde heftig debattiert. Alle Klubs waren sich einig, dass es wichtig wäre, das Fach Politische Bildung einzuführen. Aber die Geister schieden sich, als man zu dem Punkt kam, wie das denn umgesetzte werden solle. Es gab viele verschiedene Vorschläge, wie man Politische Bildung in den Unterricht einbringen könnte. Der Gelbe Klub vertrat die Meinung, ein bis zwei Stunden zusätzlich einzuschieben, in denen dann Politische Bildung unterrichtet werden sollte. Klub Türkis erwiderte, dass zwei Stunden mehr Unterricht pro Woche sehr anstrengend für die SchülerInnen sein würden und meinte: "Man müsste den Stoff für den Geschichtsunterricht kürzen, um dann Politische Bildung in den Geschichtsstunden lehren zu können." Der Standpunkt des Violetten Klubs wiederum war, dass man in der Oberstufe sowieso Nachmittagsunterricht hat und zwei zusätzliche Stunden daher nichts ausmachen. Das Fach sollte in den

Pflichtunterricht eingebunden werden. Ein anderer Abgeordneter des Klub Violett meinte, dass jeder sich aussuchen sollte, ob er in Politischer Bildung unterrichtet werden möchte oder nicht. Schließlich hat Klub Weiß, der mitgliedsstärkste, auch seine Meinung vorgebracht. Er sieht ein Problem in der Organisation bzw. stellt er sich die Frage, welche Stunden man streichen solle. Politische Bildung als Freifach anzubieten, hält er für keine gute Idee, da ja alle ausgebildet werden sollten. Andererseits meinte Klub Weiß, dass Politische Bildung als Freifach doch sinnvoll wäre, denn wenn man von vornherein nicht wählen gehen möchte, würde das auch nichts nützen. Es muss auch gelingen, dass jede Lehrkraft ein neutrales Weltbild wiedergibt und nicht seine/ihre eigene Meinung einbringt. Jedenfalls müssten sich Violett, Gelb und Türkis zusammenschließen, um eine Mehrheit zu bilden. Andererseits kann sich Weiß nur durchsetzen, wenn sie eine Koalition mit einem der kleineren Klubs eingehen. Noah



DIE BEGLEITENDEN ABGEORDNETEN



Katharina Kucharowits (SPÖ)



Mag. Andreas Hanger (ÖVP)



Petra Steger (FPÖ)



Julian Schmid BA (Grüne)



Mag. Nikolaus Scherak (NEOS)













AUS DER PARLAMENTSKORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zur ersten Ausschusssitzung des Jugendparlaments.

Jugendparlament debattiert über Politische Bildung an der Schule

1. Ausschusssitzung: Fraktionen stehen einer Ausweitung des Fachbereichs positiv gegenüber unterschiedliche Ansätze zur organisatorischen Ausgestaltung

Wien (PK) – Tenor in der ersten Ausschusssitzung des heutigen Jugendparlaments war, dass ein Ausbau der Politischen Bildung im Schulunterricht grundsätzlich sinnvoll ist. Ob dazu ein eigenes Fach eingeführt werden soll, oder innerhalb des Geschichteunterrichts mehr Gewicht darauf gelegt werden sollte, darüber gingen die Meinungen der Fraktionen auseinander. Als Debattengrundlage diente den Ausschussmitgliedern eine Regierungsvorlage, mit der Politische Bildung als eigenes Pflichtfach - losgelöst von Geschichte und Sozialkunde - ab der 8. Schulstufe eingeführt werden soll. Mindestens zwei Stunden pro Woche sind im Gesetzesentwurf dafür vorgesehen. Mit dem verstärkten Vermitteln von Wissen über das politische System hofft die Regierung, das Interesse der Jugend an der Politik zu steigern und der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

Tatsächlich hätten Umfragen ergeben, hob Klub Türkis hervor, dass ein Großteil der Schülerinnen und Schüler – 83 Prozent – reges Interesse an Politischer Bildung zeige. Es sei schlicht mehr Information in diesem Bereich nötig. LehrerInnen, die Politische Bildung unterrichten, müssten außerdem ein eigenes Studium dazu absolviert haben.

Ein konkret auf Politische Bildung fokussiertes Lehramtsstudium fand Klub Weiß ebenfalls zielführend, damit Lehrkräfte nicht ihre eigene politische Meinung im Unterricht verbreiten. Politische Bildung lediglich als Freifach einzuführen, sei wenig sinnvoll, da damit nur ohnehin bereits an der Politik interessierte SchülerInnen erreicht würden; es müsse aber allgemein mehr Wissen über das politische System verbreitet werden, meinte die Fraktion.

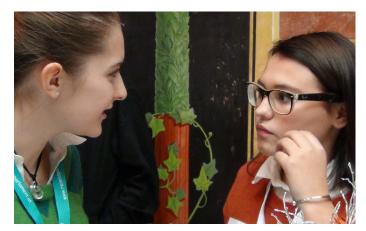
Die Fraktion Gelb stellte die Frage in den Raum, ob ein neues Fach Politische Bildung organisatorisch machbar ist. Eventuell würden auch themenspezifische Projektwochen zur Politischen Bildung ausreichen. Die Inhalte des Unterrichtsfachs Politische Bildung seien zu konkretisieren, um Schlussfolgerungen über die fachliche Aufteilung zu treffen, schlug Gelb vor.

Der Violette Klub wiederum sprach sich für eine Einbindung der Politischen Bildung in den Pflichtunterricht aus, wobei jedoch zu klären sei, ob es in der Kombination mit Geschichte verbleiben, oder als Freifach unterrichtet werden sollte. Auch die Sinnhaftigkeit einer Benotung darin sei zu hinterfragen. (Schluss)





DISKUSSIONEN AM MITTAGSTISCH







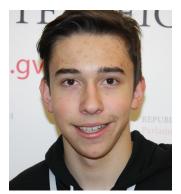








EXPERTINNEN UND EXPERTEN







Mag.a Edith Plank



Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Sander



Ministerialrat Mag. **Manfred Wirtitsch**

INTERVIEW MIT DEN PRESSESPRECHER/INNEN

Nach der Mittagspause, in der viel besprochen und diskutiert wurde, interviewten wir die PressesprecherInnnen der verschiedenen Klubs.

Der momentane Stand ist, dass Violett mit Weiß und Gelb eine Koalition bilden möchte. Jedoch wollen auch Weiß und Türkis eine Koalition bilden, da beide Klubs die selbe Meinung vertreten. Ob Klub Violett mit Gelb eine Koalition bildet, steht noch nicht fest. Für Violett und Weiß ist es wichtig, dass die SchülerInnen nach den zwei verpflichtenden Jahren entscheiden können, ob sie beim Fach bleiben oder sich in einem anderen Unterrichtsfach vertiefen wollen. Violett will nicht, dass die SchülerInnen ein Fach besuchen, das sie nicht interessiert, in diesem Fall "Politische Bildung". Bisher wurde noch in keinem Klub besprochen, wo das Geld herkommen solle. Es wurde bekannt gegeben, dass eine wöchentliche Stunde dieses Faches für alle Schulen in Österreich rund 10 Millionen Euro kosten würde. Türkis und Weiß sind sich sicher, dass dieses Fach benotet werden sollte, Violett ist grundsätzlich auch dafür, aber sie sind sich noch nicht einig. Während wir von diesen drei Klubs einiges erfahren haben, hatte uns Klub Gelb nicht viel zu sagen. Ihnen sind einige Dinge noch nicht wirklich klar. Wir hoffen, in der nächsten Ausschusssitzung mehr von den Gelben zu erfahren.

Sarah, Betina









Die SprecherInnen der vier Klubs.



Vom Pressegespräch

DIE ZWEITE AUSSCHUSSSITZUNG

Vor der zweiten Sitzung gab es viele Diskussionen. Ich schlich mich hinein und hörte mit. Wie mir zu Ohren kam, hatten Gelb und Weiß einen großen Streit, weil die Türkisen sich schließlich gegen eine Koalition mit den Gelben entschlossen, da diese ihre Meinung geändert hatten. Der Klub Türkis ist für eine Stunde in der Woche Politische Bildung, während Gelb und Weiß in der 7. und 8. Schulstufe für 12 Stunden Pflichtunterricht sind. Die Schülerlnnen in der 9. könnten sich frei entscheiden. Die Violetten finden, dass das Fach in der 8. und 9. verpflichtend stattfinden sollte, aber im Modul. Wie sie diese Stunden einteilen sei ihnen überlassen. Einem der Abegordneten aus dem Klub Violett kam jedoch zu Ohren, dass nicht alle im Klub Weiß mit ihrer Idee einverstanden seien, worauf eine Abge-

ordnete aus Klub Weiß das sofort abstritt.

Zwischen Gelb und Türkis gab es große Dikussionen wegen der Finanzierungsfrage. Darauf antwortete Gelb, dass ein Experte ihnen gesagt habe, dass es dauerhaft besser wäre, wenn man Fächer streichen würde, denn so könnte man auch Geld sparen. Die Weißen wenden jedoch ein, dass man Fächer nicht streichen könne, denn Lehrer müssten eine gewisse Anzahl von Stunden haben. Dann kam es allerdings zu einer überraschenden Wendung, und die Sitzung wurde unterbrochen, damit sich die Klubs untereinander einigen konnten.

Schließlich kam es dazu, dass sich alle Klubs, außer die Violetten zusammen getan haben. Aber was schlussendlich passieren wird, werden wir im Plenum erfahren.

Sarah

AUS DER PARLAMENTSKORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zur zweiten Ausschusssitzung des Jugendparlaments.

Emotionale Diskussion über Unterrichtszeit für Politische Bildung

Ausschuss des Jugendparlaments nimmt abgeänderten Gesetzesvorschlag mehrheitlich an

Wien (PK) –Die vorgeschlagene Novelle des Schulorganisationsgesetzes zur Einführung des Fachs Politische Bildung fand heute bei der 2. Ausschusssitzung des Jugendparlaments in Form eines Abänderungsantrags, unterstützt von Gelb, Weiß und Türkis, mehrheitliche Zustimmung. Im Rahmen des Ausschusses entzündete sich eine emotionale Debatte an einer formalen Unklarheit im Abänderungsantrag. Letztendlich einigte sich der Ausschuss mehrheitlich auf eine Formulierung, die die Implementierung von 3 Wochenstunden des Pflichtfachs Politische Bildung in der 7. und 8. Schulstufe vorsieht. Ab der 9. Schulstufe solle das Fach als Freigegenstand oder Wahlpflichtfach angeboten werden, so Gelb, Weiß und Türkis.

Seitens der Violetten wurde ebenfalls ein Abänderungsantrag zum Zeitumfang des Unterrichtsgegenstandes Politische Bildung eingebracht - sie forderten vier Stunden im Monat dafür; diese Initiative fand jedoch keine Mehrheit im Ausschuss. (Schluss)



AUSSCHUSSBERICHT - BERICHTERSTATTUNG

2 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Jugendparlaments XXV. GP

Bericht

des Ausschusses des Jugendparlaments

über die Gesetzesvorlage (1 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz geändert wird

Der Ausschuss des Jugendparlaments hat eine Gesetzesvorlage der Bundesregierung behandelt, die festschreiben soll, dass der Unterricht in politischer Bildung ab der 8. Schulstufe im Ausmaß von 2 Stunden pro Woche erteilt wird. Derzeit wird politische Bildung im Rahmen des Unterrichtsgegenstands Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung vermittelt. Als Begründung für ihren Vorschlag hat die Bundesregierung auf die zunehmende Politikverdrossenheit in der Bevölkerung verwiesen, der entgegengewirkt werden soll.

Der Ausschuss des Jugendparlaments hat die gegenständliche Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 29. November 2013 in Verhandlung genommen.

Im ersten Teil der Ausschusssitzung präsentierten die Klubs ihre Standpunkte zur Gesetzesvorlage der Bundesregierung. Die Abgeordneten Stephanie Kerbl und Elizabeth Pojer erklärten, dass der Violette Klub den Vorschlag für sinnvoll erachtet, dass aber der Unterricht erst ab der 9. Schulstufe und durchaus als zusätzliche Stunden am Nachmittag stattfinden sollte. Für den Türkisen Klub meldeten sich die Abgeordneten Clemens Perger, Katharina Rinnhofer und Lisa Zoglauer. Sie sprachen sich für einen in den letzten beiden Jahren der Schulpflicht verpflichtenden Unterricht in politischer Bildung und qualifizierte Lehrkräfte aus. Für den Weißen Klub vertraten die Abgeordneten Benedikt Grünert und Eliana Sefa, dass politische Bildung in allen Schulstufen und Fächern wichtig sein muss. Ein spezielles Fach politische Bildung sollte aber ein Freifach sein. Abgeordneter Marc Srdits betonte für den Gelben Klub, dass politische Bildung im Rahmen des Geschichtsunterrichts deutlich verstärkt werden soll. Dabei verwies er auf die Bedeutung historischer Beispiele für das Verständnis.

Im zweiten Teil der Ausschusssitzung brachte Abgeordneter Marc Srdits einen von den Gelben, Weißen und Türkisen unterstützten Abänderungsantrag ein. Mit diesem sollte im Wesentlichen ein verpflichtender Unterricht in Politischer Bildung in der 7. und 8. Schulstufe im Ausmaß von 12 Stunden pro 28 Tage verankert werden. Die Abgeordnete Stephanie Kerbl brachte für den Violetten Klub ebenfalls einen Abänderungsantrag ein. Dieser sah ein Pflichtfach in der 8. und 9. Schulstufe im Ausmaß von vier Stunden pro Monat vor. An der Debatte über diese Anträge beteiligten sich die Abgeordneten Marc Srdits, Clemens Perger, Eliana Sefa, Katharina Rinnhofer, Stephanie Kerbl, Benedikt Grünert und Lisa Zoglauer. Nach einer Sitzungsunterbrechung wurde der Antrag der Abgeordneten Marc Srdits (GELB), Clemens Perger (TÜR-KIS) und Benedikt Grünert (WEISS) geändert. Die Antragsteller einigten sich darauf, politische Bildung in der 7. und 8. Schulstufe im Ausmaß von drei Stunden pro Woche vorzusehen.

Bei der Abstimmung wurde der in der Gesetzesvorlage enthaltene Gesetzentwurf unter Berücksichtigung dieses Abänderungsantrages mit Stimmenmehrheit (dafür: WEISS, TÜRKIS, GELB, dagegen: VIOLETT) beschlossen. Der Abänderungsantrag der VIOLETTEN fand keine Mehrheit (dafür: VIOLETT, dagegen: WEISS, TÜRKIS, GELB).

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Clemens **Perger** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss des Jugendparlaments somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2013 11 29

Clemens Perger Berichterstatter

Mag.^a Julia Dörfel

Obfrau









PLENUMSVORBEREITUNG

Weiß, Türkis und Gelb haben einen Gesetzesvorschlag beschlossen, aber nun ist damit keiner einverstanden.

Der Klub Türkis bemüht sich um Schadensminimierung, nachdem der Gesetzesbeschluss zuvor nicht richtig durchgelesen worden war. Nun ist man mit dem Geschriebenen nicht zufrieden. Trotzdem wollen sie den Gesetztesbeschluss durchführen. Auch Klub Weiß ist eifrig am Reden schreiben. Obwohl Weiß, Türkis und Gelb den Gesetzestext unterschrieben haben, sind sie nun nicht mehr einer Meinung, und jeder bereitet für sich selbst vor. Klub Gelb ist nicht einverstanden mit dem Gesetz und will dagegen stimmen. Der Gesetzesvorschlag des Klubs Violett wurde abgeleht, trotzdem sind sie eifrig dabei, ihre Plenarsreden vorzubereiten. Außerdem haben sie diverse Entschließungsanträge abgegeben, um ihre Meinung der Regierung nahezulegen.

Andreas



AUS DER PARLAMENTSKORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Plenum des Jugendparlaments.

Jugendparlament lehnt Gesetzesentwurf zur Politischen Bildung ab

Abgeordnete skizzieren ihre Vorstellungen zum neuen Unterrichtsfach in mehreren Entschließungen

Wien (PK) – Die Einführung eines eigenen Unterrichtsgegenstandes Politische Bildung lässt noch auf sich warten. Zwar stimmten sämtliche MandatarInnen des Jugendparlaments bei der Plenarsitzung darin überein, dass das politische System Österreichs an den Schulen besser vermittelt werden müsste. Begründet wurde dies unter anderem mit dem auf 16 Jahre gesenkten Wahlalter und einem wachsenden Desinteresse an der Politik, dem nur mit mehr politikbezogener Information beizukommen sei.

Dennoch gab es zwischen den Fraktionen noch große Differenzen in Bezug auf die geplante Schulorganisationsgesetz-Novelle, vor allem über die zeitliche Einbettung des neuen Fachs Politische Bildung in den Schulunterricht. Anders als in der Ausschusssitzung zuvor fand der Gesetzesentwurf im Plenum folglich nur die Zustimmung einer Minderheit. Hatten sich im Ausschuss noch Gelb, Weiß und Türkis auf den Kompromiss geeinigt, Politische Bildung in der 7. und 8. Schulstufe als Pflichtfach drei Stunden pro Woche einzuführen, fand diese Lösung in der Plenarsitzung wenig Zuspruch.

Mit insgesamt fünf Entschließungsanträgen, die alle angenommen wurden, definierte das Jugendparlament jedoch, wie es Politische Bildung als eigenständiges Unterrichtsfach auf den Weg bringen möchte.

Positiver Grundtenor zum Unterrichtsfach Politische Bildung

Gleich eingangs forderte Abgeordneter Tom DUNSHIRN (Violett) das Plenum auf, gegen den Gesetzesentwurf zu stimmen. Der Ansatz seiner Fraktion Politische Bildung mit vier Unterrichtsstunden pro Monat verpflichtend einzuführen, wäre der einzig sinnvolle Weg zur umfassenden Vermittlung politischen Wissens gewesen, argumentierte er.

Abgeordnete Klaudija KUZMANOVIC (Weiß) führte das Wahlrecht ab 16 Jahren als Grund für die Haltung ihrer Fraktion an, weswegen es ein Gebot der Stunde sei, Politische Bildung an den Schulen mehr in den Vordergrund zu rücken. Derzeit verfügten junge aber auch ältere Wahlberechtigte über viel zu wenig Informationen in diesem Bereich, meinte sie stellvertretend für ihre Fraktion.

Ebenfalls auf die gesamte Gesellschaft bezog sich Mandatar Jakob SZEPANNEK (Violett) in seiner Begründung, warum Politische Bildung im Schulunterricht für ihn sehr wichtig sei. Der vorliegende Gesetzesentwurf spiegle allerdings nicht die Position aller Fraktionen wider, monierte er, daher müsse dagegen gestimmt werden.

Dem widersprach Türkis-Mandatarin Katharina RINNHOFER. Um Politische Bildung in ganz Österreich als Schulfach einführen zu können, solle dem vom Ausschuss abgesegneten Gesetzesentwurf zugestimmt werden, ersuchte sie. Es gehe nicht an, diese Novelle wegen eines Missverständnisses in der Formulierung fallen zu lassen

Abgeordneter Niklas REINPRECHT (Gelb) schloss sich dieser Haltung an und sah den Standpunkt seiner Fraktion durchaus in der vom Ausschuss abgeänderten Vorlage vertreten. Dem Gesetzesvorschlag müsse daher stattgegeben werden, so sein Appell.

Fortsetzung

Mit einem Pflichtfach Politische Bildung in der 7. und 8. Schulstufe werde notwendiges Basiswissen unterrichtet, das dann später als Freigegenstand ausgeweitet werden kann, führte Abgeordneter Fabian GRÜ-NERT (Weiß) den Inhalt des Entwurfs aus und hieß ihn grundsätzlich gut. Das Unterrichtsfach erst ab der 8. Schulstufe anzubieten, wie in der diesbezüglichen Regierungsvorlage zunächst vorgesehen, wäre zu spät.

Abgeordnete Lisa ZOGLAUER von den Türkisen unterstrich erneut die Bedeutung, die ein auf politischen Wissenserwerb fokussiertes Fach für ihre Partei habe. Widersprüche über den Gesetzestext, wie sie bei den Verhandlungen zwischen den Fraktionen aufgetreten waren, dürften die Beschlussfassung nicht untergraben.

Nur mit ausreichendem Wissen über die Gesetzgebung sei es den WählerInnen möglich, erläuterte Gelb-Mandatarin Linda REITMEIER, selbstbestimmte demokratische Entscheidungen zu treffen. Lediglich die Medien als Informationsquelle zur Politik zu nutzen reiche nicht aus.

Durch mehr Politische Bildung an den Schulen könne die Wahlbeteiligung gesteigert und ein frischer Wind in die Politik gebracht werden, ergänzte Abgeordnete Stella-Jo THURNER (Türkis). Auch Politologe Peter Filzmaier teile die Ansicht, dass Unterricht über das politische System nottue, betreffe die Politik doch alle Bereiche der Gesellschaft

Gesetzesentwurf erhält vielfach ein Ungenügend

Abgeordnete Stephanie KERBL (Violett) betonte, Politische Bildung sei wichtig für die Zukunft der SchülerInnen. Sie verwahre sich daher gegen einen achtlosen Umgang mit der Thematik, nur um schnell ein Gesetz darüber zu beschließen; das Jugendparlament solle daher dem Gesetzesentwurf in seiner jetzigen Form nicht zustimmen

Weiß-Mandatarin Eliana SEFA erinnerte an die Kompromissbereitschaft von Gelb und Türkis bei den Verhandlungen über die anvisierte Novelle des Schulorganisationsgesetzes, und verlieh ihrer Hoffnung Ausdruck, dass Politische Bildung als essentieller Wissensbereich fix im Lehrplan der 7. und 8. Schulstufe verankert werde.

Violett sei im Laufe der Beratungen als einzige Fraktion den eigenen Standpunkten treu geblieben, erwiderte Abgeordnete Marlies HUBER (Violett), während die anderen Klubs ihre Position ständig geändert hätten. Dezidiert sprach sie sich gegen ein Streichen von Unterrichtsstunden zugunsten des Lehrgegenstands Politische Bildung aus, da ja der Stoff in allen Fächern gleich bleibe.

Türkis-Mandatar Clemens PERGER unterstrich, sein Klub habe sehr wohl bald einen Standpunkt gefunden und diesen auch bis zum Ende der Verhandlungen durchgehalten. Man dürfe sich nun wegen eines Formulierungsfehlers im Gesetzestext nicht in Schuldzuweisungen ergehen, sondern solle sich über die erbrachte Leistung des Sitzungstages freuen.

Türkis, Gelb und Weiß hätten den Violetten Klub völlig ignoriert, warf Abgeordnete Katharina GRÜNER (Violett) den KollegInnen der anderen Fraktionen vor. Dementsprechend sei der Abänderungsantrag der Violetten zur Regierungsvorlage kaum beachtet worden, zeigte sie sich erbost.

Fortsetzung

Abgeordneter Marc SRDITS von den Gelben befand ebenfalls, es sei schlicht zu wenig verhandelt worden, folglich könne fast niemand mit dem vorliegenden Entwurf zufrieden sein. Er forderte das Plenum auf, den Gesetzesvorschlag abzulehnen.

Nicht zufriedenstellend sehe er die angepeilte zeitliche Aufteilung des Unterrichts von Politischer Bildung mit drei Wochenstunden, präzisierte Weiß-Mandatar Benedikt GRÜNERT.

Türkis-Mandatarin Sarah OKASHA fand dagegen in dem Gesetzesvorschlag großteils Übereinstimmung mit der Position ihres Klubs. Politische Bildung müsse als eigenes Fach etabliert werden, konstatierte sie, denn ohne umfassender politischer Information gebe es keine eigene Meinungsbildung.

Für Abgeordneten Maximilian OEBEL (Gelb) war es völlig unklar, ob alle Mitglieder seiner Fraktion mit der vorliegenden Fassung des Gesetzesentwurfs einverstanden sind - ungeachtet der Tatsache, dass Gelb gemeinsam mit Türkis und Weiß im Ausschuss zu einem Kompromiss gelangt sei.

Abgeordnete Kim KOLDITZ (Weiß) verwies hingegen darauf, dass die Erlangung von politischem Grundwissen bereits in der Unterstufe wichtig sei – dementsprechend habe Weiß die ursprüngliche Regierungsvorlage im Ausschuss gemeinsam mit Gelb und Türkis geändert. Der vorliegenden Fassung sei daher stattzugeben.

Gegen die im Vorschlag festgelegten drei Wochenstunden Politische Bildung sprach sich Abgeordnete Nülifer ÖZEL (Gelb) aus. In ihren Augen ist ein intensiver Unterricht mit 12 Monatsstunden, die auch geblockt abzuhalten wären, eher realisierbar.

Trotz aller Unsicherheiten, die es im Gesetzesentwurf noch gebe, bekannte sich Abgeordnete Julia RUDISCHER (Weiß) klar zum gesetzlich geplanten Einzelfach Politische Bildung in der 7. und 8. Schulstufe. Das Gesetz müsse deswegen mit Mehrheit das Plenum passieren.

Ihr Fraktionskollege Konstantin FICHTINGER hielt daraufhin fest, er könne dem Entwurf nicht zustimmen. Aufgrund von Missverständnissen seien nun nämlich die drei Wochenstunden Politische Bildung im Gesetzestext auf die 7. und 8. Schulstufe aufgeteilt worden, anstatt den wöchentlich dreistündigen Unterricht in diesem Fach für jedes der beiden Jahre vorzusehen.

Entschließungsanträge verdeutlichen Interesse an Politischer Bildung

In mehreren Entschließungsanträgen gingen die Fraktionen näher auf die von ihnen gewünschten Rahmenbedingungen für das Unterrichtsfach Politische Bildung ein.

So brachte Ophelia KOHLER (Violett) einen Antrag mit der Forderung ein, LehrerInnen für Deutsch und Geschichte sollten eine zusätzliche Ausbildung für Politische Bildung abschließen. Dadurch werde das Fach aufgewertet, und das würde dazu beitragen, dass die Jugend mehr Interesse an der Politik und am zivilgesellschaftlichen Engagement zeige.

Weiß und Türkis stellten die Forderung auf objektiven Unterricht im Fach Politische Bildung. In einem von Abgeordnetem Betim FAZLIU (Weiß) dazu eingebrachten Entschließungsantrag heißt es, Lehrkräfte dürfen in diesem Unterrichtsgegenstand nicht ihre eigene politische Meinung vermitteln.

Fortsetzung

Violett-Mandatar Michael BODNER schloss sich seinem Vorredner inhaltlich an. Er unterstrich die Bedeutung einer neutralen Stoffvermittlung in der Politischen Bildung und dachte dabei auch fachbezogene Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte an.

Die LehrerInnenausbildung im Zusammenhang mit Politischer Bildung thematisierte Abgeordneter Benedikt HANSA (Weiß). In einem Antrag seiner Fraktion und der Türkisen wird die Bundesregierung aufgefordert, ein Studium Politische Bildung als Voraussetzung für den Unterricht in diesem Fach vorzusehen. Das Pochen auf ausgebildete Lehrkräfte für das neue Unterrichtsfach solle auch den 'echten' Abgeordneten zeigen, erklärte Hanser, wie groß das Interesse der SchülerInnen daran sei.

Da Jugendliche vorrangig an für sie relevante Bereiche interessiert sind, hob Abgeordnete Anna-Katharina FARNLEITNER (Gelb) hervor, setze die Gelbe Fraktion alles daran, auch die Politik der Jugend als relevantes Thema näherzubringen. Mit einem Gelb-Entschließungsantrag werden daher Gedanken über die Gestaltung des Unterrichts im Fach Politische Bildung angeregt. Ein Element dabei könnten beispielsweise Besuche von PolitikerInnen an den Schulen darstellen, beschrieb die Mandatarin weiter.

Abgeordneter Donart SALHIU (Weiß) kam erneut auf die fachspezifische Lehrkörperausbildung zu sprechen. Dadurch solle auch verhindert werden, so Salhiu, dass LehrerInnen ihre eigene Meinung mit dem Fach Politische Bildung vermischen. Ohne speziell ausgebildete PädagogInnen würde womöglich gerade über diesen Unterrichtsgegenstand wieder die Parteipolitik in den Schulen Einzug halten.

Türkis-Mandatarin Öznur BEKTAS bekräftigte, auch für LehrerInnen in Ausbildung müsse Politische Bildung als eigenes Fach geschaffen werden. Es gelte, die diesbezüglichen Anträge zu unterstützen.

Dementsprechend forderte Gelb-Abgeordneter Mario KLEMENT mit einem Entschließungsantrag seiner Fraktion, die Bundesregierung solle für eine angemessene LehrerInnenausbildung zum Unterricht in Politischer Bildung sorgen. Etwa mittels eines eigenen Lehrstuhls für Politische Bildung und einem Geschichte-Lehramt mit Schwerpunkt in diesem Fach, schlug er vor.

Der Gesetzesentwurf zur Einführung des Fachs Politische Bildung als Pflichtgegenstand an Schulen blieb bei der Abstimmung schließlich in der Minderheit. Sämtliche Entschließungsanträge wurden allerdings mehrheitlich angenommen. (Schluss)





















GESETZESTEXT AUS DEM AUSSCHUSS

Bundesgesetz, mit dem das Schulorganisationsgesetz geändert wird

Das Jugendparlament hat beschlossen:

Änderung des Schulorganisationsgesetzes

Das Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 75/2013 wird wie folgt geändert:

Nach § 8e wird folgender § 8f eingefügt:

"Führung des Unterrichtsgegenstandes Politische Bildung

§ 8f. (1) Der Unterricht in Politischer Bildung ist in der 7. und 8. Schulstufe im Ausmaß von drei Stunden pro Woche zu erteilen.

(2) Ab der 9. Schulstufe ist der Unterricht in Politischer Bildung als Freigegenstand oder Wahlpflichtgegenstand vorzusehen."







IMPRESSUM

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, **Hersteller: Parlamentsdirektion Grundlegende Blattrichtung:** Erziehung zum Demokratiebewusstsein. **Jugendparlament**



1aS, PHAS Bfi, Margaretenstr. 56 1050 Wien 1HMB, HLMK Herbststr. 104, 1160 Wien 5C, Albertus-Magnus-Schule, Semperstr. 45 1180 Wien Modul "Politische Bildung", BG/BRG Draschestr. 90-92, 1230 Wien

ENTSCHLIESSUNGSANTRÄGE

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Benedikt Bauer (WEISS), Benedikt Hansa (TÜRKIS) und Matthäus Schwarz (TÜRKIS) betreffend Lehrerverhalten im Unterricht

Gewünscht wird ein objektiver Unterricht. Lehrkräfte sollen im Fach Politische Bildung nicht ihre eigene politische Meinung vertreten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, gesetzlich vorzusehen, dass Lehrkräfte im Fach Politische Bildung nicht ihre persönliche politische Meinung äußern und einbringen dürfen.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Benedikt Hansa (TÜRKIS), Fabian Grünert (WEISS) und Matthäus Schwarz (TÜRKIS) betreffend Lehrerkörperausbildung

Es sollen nur speziell ausgebildete Lehrkräfte das Fach Politische Bildung unterrichten dürfen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, für das Fach Politische Bildung ein eigenes Studium vorzusehen, das Voraussetzung für die Unterrichtung des Faches Politische Bildung sein soll; das Studium sollte auf einer Pädagogischen Hochschule oder Universität vorgesehen werden.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Ophelia Kohler (VIOLETT), Elizabeth Pojer (VIOLETT) und Michael Bodner (VIOLETT)

betreffend Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer

Die unterfertigten Abgeordneten stellen folgenden **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass Lehrer für Deutsch und Geschichte eine zusätzliche Ausbildung im Bereich "Politische Bildung" abschließen.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Anna-Katharina Farnleitner (GELB), Mario Klement (GELB) und Lukas Planincic (GELB)

betreffend inhaltliche Gestaltung des Unterrichts

Jugendliche interessieren sich meist nur für Dinge, welche für sie relevant erscheinen. Sie sollen die Möglichkeit haben, PolitikerInnen kennen zu lernen und sich zum Beispiel in Diskussionsgruppen eine Meinung bilden zu können.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich Gedanken über die Gestaltung des Unterrichts im Fach Politische Bildung zu machen.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mario Klement (GELB), Lukas Planincic (GELB) und Anna-Katharina Farnleitner (GELB)

betreffend Lehrerausbildung

Derzeit wird Politische Bildung von Geschichte-Lehrern unterrichtet. Diese haben dafür keine eigene Ausbildung und daher nicht genug politisches Wissen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine entsprechende Ausbildung für Lehrer zur Unterrichtung des Faches Politische Bildung vorzusehen; z.B. sollte ein eigener Lehrstuhl für politische Bildung und ein Geschichte-Lehramt mit Schwerpunkt Politische Bildung vorgesehen werden.



DAS REPORTAGETEAM

Dieses tolle Team hat für euch recherchiert, gefilmt, interviewt und geschrieben!



Sumbal Akram



Ivana Bozic



Eya Chelly



Silvana Dakic



Alexander



Noah Fried



Kalliope Fudulakos



Lily Hamal



Andreas Holzer



Emma Ogunlana



Betina Kipper Pires



Sarah Rockenbauer



Pia Semorad



Lukas Stuhr



Reyan Zein

